

## **Bürgerproteste erfolgreich: Keine Erhöhung der Schmutzwassergebühr und Wirtschaftsplan 2011 abgelehnt!**

Zahlreiche Bürger sind dem Aufruf von H + G Göttingen e.V. und dem DMB Mieterverein Göttingen e.V. diese Woche gefolgt: Sie erschienen im Neuen Rathaus, um in der öffentlichen Sitzung des Werksausschusses Umweltdienste gegen die geplanten Gebührenerhöhungen zu protestieren. Bis die Vereine in den örtlichen Medien mit Anzeigen und Berichten auf die bevorstehenden erneuten Belastungen aufmerksam machten, war vielen Anwesenden nicht bekannt, was wieder auf sie zukommt – darüber herrschte große Verärgerung - bei Mietern und Vermietern gleichermaßen, denn betroffen sind wieder mal alle Bürger Göttingens.

Unter der Überschrift „**Kanalgebühren finanzieren Theaterbesuche mit 2,675 Millionen Euro**“ wurde die Bevölkerung von den Interessenvertretern in der regionalen Presse darüber aufgeklärt, was im Ausschuss auf der Tagesordnung stand:

- Die Müllgebühr sollte um 7 % steigen
- Die Schmutzwassergebühr sollte wieder steigen auf € 2,34/cbm  
–eine Erhöhung in den letzten 3 Jahren um 25 %!

Die offizielle Gründe: Gestiegene Drittkosten (Deponien etc.) und kleinere Verbrauchsmengen. H + G Göttingen e.V., vertreten durch Susanne Et-Taib, Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit, rief die Entsorgungsbetriebe dazu auf, Anreize zum Müll- und Wassersparen zu schaffen – anstatt Bürger, die ökologisch verantwortungsvoll handeln, durch Gebührenerhöhungen zu bestrafen. „Bei sinkender Verbrauchsmenge müssen auch die Kosten gesenkt werden – jeder Wirtschaftsbetrieb muss so handeln – die Verwaltung wird dringend aufgerufen, hier alle **Einsparpotentiale** auszuschöpfen“.

Auch im Finanzausschuss wurde bereits gefordert, die Kalkulationen zu überprüfen, auch geplante Investitionen z.B. bei der Kanalsanierung sollten hinterfragt werden. Eine Überarbeitung des Wirtschaftsplanes ist jedoch nicht erfolgt, wofür die Mehrheit der Ausschussmitglieder keinerlei Verständnis zeigte. Folgerichtig wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen

- **Die Erhöhung der Schmutzwassergebühren komplett abgelehnt**
- **Der Wirtschaftsplan für 2011 nicht genehmigt**

***Ein großer Erfolg der Bürgerproteste, der zeigt, dass Engagement etwas bewirken kann! Politikverdrossenheit ist also in Göttingen nicht angesagt.*** Lediglich die beiden Vertreter der SPD-Fraktion räumten nach mehrfachen gezielten Nachfragen ein, dass die geplanten Gebührenerhöhungen nicht nur ein fair kalkulierter, sondern auch ein politischer zu zahlender Preis sind - denn mit 2,675 Millionen Euro „Haushaltsgeld“ (so genannte Eigenkapitalverzinsungen), die die „Tochter Entsorgungsbetriebe“ an „Mutter Stadt“ zahlen muss, werden freiwillige Leistungen für z. B. die Theater finanziert.

„Wir Interessenvertreter wollen ausdrücklich klarstellen, dass wir uns nicht gegen soziale oder kulturelle Einrichtungen in unserer Stadt wenden – doch müssen die Bürger im Sinne der Gebührenwahrheit – und -klarheit darüber informiert werden, wie ihre Gelder verwendet werden. Für die Gebührenverwendung gibt es explizite Vorschriften, an die sich eine Kommune halten muss. Indirekte Stützungen des Haushaltes müssen offen gelegt werden.“

Wir begrüßen es, dass heute ganz deutlich der politische Wille in Göttingen zum Ausdruck gekommen ist, dass so weitgreifende Entscheidungen nicht an dem Bürger vorbei getroffen werden sollen und erwarten einen neuen Wirtschaftsplan, der durch deutliche Einsparungen z.B. bei Investitionen Gebührenerhöhungen ausschließt“, so Et-Taib.

Die erschienen Bürger verließen - zufrieden mit den Entscheidungen des Fachausschusses - den Sitzungssaal und dankten Politik und Interessenvertretern für den Einsatz.

Göttingen, im 25. November 2010

Susanne Et-Taib  
Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit  
H + G Göttingen e.V.